Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: Goldmark 8.—, halbjährig: Mark 4.—, vierteljährig: Mk. 2.—; Einzelnummer 20 Goldpfennig/Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echo": München, Herzog Maxstr. 4.

Sondernummer
Palästina-Aufbau:

Kolonisationswirtschaft — Der Solelboneh — Die Jewish Agency — Die Rutenberg-Konzession — Palästina-Nachrichten — Welt-Echo — Lit. Echo — Personalia — Gemeinden-Echo

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile: 30 Goldpfennig. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des „Jüdischen Echo", München, Herzog Maxstr. 4 Fernsprecher 53099 Postscheck-Konto: München 3987.

Nr. 24 — 13. Juni 1924 — 11. Jahrgang

1924 Wochenkalender 5684

	Juni	Siwan	Bemerkungen
Sonntag	15	13	
Montag	16	14	
Dienstag	17	15	
Mittwoch	18	16	
Donnerstag	19	17	
Freitag	20	18	
Samstag	21	19	בהעלתך פרקב׳ ב׳

Das Jüdische Echo

Nummer 24 | **13. Juni 1924** | **11. Jahrgang**

Palästina-Aufbau

Kolonisationswirtschaft

Von Alfred Berger, Berlin.

Eine der Besonderheiten des Aufbaus Palästinas kommt mehr und mehr zum Bewußtsein der zionistischen Kreise: die Tatsache, daß es sich bei dem Aufbauwerk um ein Kolonisationsunternehmen handelt. Mehr und mehr erkennt man, daß alle Vergleiche mit der Wirtschaft schon aus dem Grunde hinfällig sind, weil in Palästina eine Kolonisationswirtschaft notwendig ist, während die Unternehmungen der anderen Länder auf einer bereits gefestigten volkswirtschaftlichen Basis beruhen.

Kolonisationswirtschaft unterscheidet sich von anderer Wirtschaft dadurch, daß sie sich selbst die Bedingungen ihres Gedeihens schaffen muß. Während in der normalen Wirtschaft mit bestimmten Transportmöglichkeiten gerechnet werden kann, während die Zu- und Abfuhrwege vorhanden und demgemäß bekannt sind, muß eine Kolonisationswirtschaft sich diese Wege und Transportmöglichkeiten erst schaffen; während man anderswo mit einem vorhandenen inneren Absatzgebiet rechnen kann, muß die Kolonisationswirtschaft immer davon ausgehen, aus sich selbst heraus neben einem Produktionsgebiet ein inneres Absatzgebiet zu bilden. Daher ist z. B. Menschenzuwachs in Kolonisationsgebieten geradezu entscheidend. Ein Zuwachs von 5000 Menschen in Palästina bedeutet eine außerordentliche Vermehrung nicht nur der Produktiv-, sondern auch der Konsummöglichkeiten. Kolonisationswirtschaft bedeutet also, daß die meisten Erwerbszweige Unkosten tragen, die gleiche Unternehmungen in wirtschaftlich fundierten Ländern nicht zu tragen haben.

Selbstverständlich ist jede derartige Kolonisationswirtschaft nur möglich, wenn die besonderen Unkosten, die sie zu tragen hat, ihr nicht allein aufgebürdet werden. Jede Kolonisation verlangt Zuschüsse seitens des Mutterlandes. Die Kolonisationswirtschaft kann die allgemeinen außerordentlichen Unkosten nicht tragen. Sie hat ein Recht zu verlangen, daß das Mutterland diejenigen Summen in das zu kolonisierende Gebiet hineinsteckt, die eine volkswirtschaftliche Produktivität überhaupt erst ermöglichen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Kolonisationswirtschaft immer wirtschaftliches Beginnen von Grund auf darstellt. Alle Erfahrungen, mit denen man in Ländern, die wirtschaftlich durchorganisiert sind, rechnen kann, die ungeheure Bedeutung der wirtschaftlichen Tradition, die Tatsache, daß in anderen Ländern im Laufe der Jahrhunderte genau bekannt wird, in welcher Art die Wirtschaft am besten gedeiht, fehlen im Kolonisationslande. Dort müssen Versuche angestellt werden, von denen notwendigerweise ein großer Teil fehlschlägt, um zu erkennen, welche Wirtschaft möglich ist; der Anbau von verschiedenen Arten von Pflanzen, Getreide, Früchten, Bäumen, die Art der landwirtschaftlichen Bearbeitung, Düngung usw. muß erprobt werden. Die Frage der besten Ausnutzung von Wasser und Wirtschaftskräften muß einem Studium unterliegen, nicht nur einem theoretischen, sondern einem praktischen, kurz, es müssen immer wieder von neuem Versuche unternommen werden, um endlich nach dem Fehlschlagen soundsovieler und dem Gelingen einiger Versuche eine wirtschaftliche Produktion auch im Kolonisationslande zu schaffen.

Alle diese Bedingungen gelten für Palästina. Jede Arbeit in Palästina muß von Grund auf getan werden. Es wäre schon rein wirtschaftlich unzulässig, Wirtschafts- und Produktionsformen anderer Länder einfach nach Palästina zu übertragen. Die Tatsache also, daß Palästina ein Kolonisationsland ist, die besonderen Erschwernisse, mit denen demgemäß die jüdische Wirtschaft in Palästina zunächst zu kämpfen hat, sind gleichzeitig eine der größten Chancen für den jüdischen Aufbau in Palästina.

Der Aufbau dieser Kolonisationswirtschaft ist aber, wie bereits betont, nur mit Zuschüssen seitens des Mutterlandes möglich. Das Mutterland für die jüdische Kolonisation Palästinas ist die Judenheit. Es ist eine Utopie zu glauben, daß die nichtjüdische Welt den jüdischen Aufbau Palästinas finanzieren wird.

Die gesamte Judenheit hat die Aufgabe, die Stelle zu vertreten, die das staatliche Mutterland bei anderen Kolonisationsländern einnimmt. Die Judenheit muß diejenigen Beträge aufbringen, die die Kolonisation ermöglichen, sie muß diejenigen Zuschüsse leisten, ohne die die Wirtschaft im Kolonisationslande nicht produktiv werden kann. Ein staatlich selbständiges Mutterland zwingt seine Bürger, durch steuerliche Mehrleistungen die Entwicklung der Wirtschaft im Kolonisationslande zu ermöglichen. Die jüdische Wirtschaft in Palästina hat das Recht, gleiche Leistungen von ihrem Mutterlande, von den Juden, zu verlangen.

Die Judenheit hat nicht die Möglichkeit, Steuern einzutreiben. Sie ist darauf angewiesen, daß die von ihr ausgeschriebenen Steuern freiwillig geleistet werden. Ihre Steuerleistungen fließen zusammen im Kolonisationsfonds Palästinas, dem Keren Hajessod. Der Keren Hajessod ist das Gegenstück zur freiwilligen Arbeitsleistung des Chaluz. Jeder Jude, der nicht seine Arbeitskraft für den Aufbau Palästinas hergibt, ist verpflichtet, seine Steuerkraft für den Aufbau freiwillig zur Verfügung zu stellen.

Dieser Kolonisationsfonds ist notwendig, gleichviel, ob man wünscht oder glaubt, daß in Palästina in verstärktem Maße gemeinwirtschaftliche Formen herrschen werden oder ob auch in Palästina die privatwirtschaftliche Arbeit dominieren wird. Ohne den Kolonisationsfonds kann keine Form des wirtschaftlichen Aufbaus produktiv und rentabel werden.

Die Erkenntnis dieser Zusammenhänge muß vor allem Allgemeingut der Zionisten werden. Es genügt nicht mehr, sich als Zionisten zu bekennen, es genügt noch viel weniger, anderen Zionismus zu predigen. Es ist die Pflicht der Zionisten zu beweisen, daß sie sich Palästina gegenüber wirk-

lich verpflichtet fühlen. Sie müssen die ersten sein, die die freiwillige Steuerforderung Palästinas erfüllen. Sie müssen die „Kerntruppe“ des „Mutterlandes“ sein, das die Verpflichtung fühlt, Palästina aufzubauen. Sie haben ihren Beitrag für Palästina abzuführen, indem sie der Maßerforderung nachkommen.

Die Maßerforderung ist nicht ein Hirngespinst utopisch denkender Menschen. Sie ergibt sich logisch aus den Notwendigkeiten für den jüdischen Aufbau Palästinas. Wenn Palästina werden soll, so muß diese Forderung erfüllt werden. Die nichtzionistische Öffentlichkeit, die von uns aufgefordert wird, mit uns Palästina zu bauen, verlangt ihrerseits mit Recht, daß nur diejenigen Menschen diesen Appell an sie richten, die dieser Verpflichtung selbst restlos nachgekommen sind. Der Zionismus selbst entscheidet wieder einmal über die Zukunft seiner Idee, über den realen Aufbau Palästinas. Nur derjenige, der den positiven Forderungen, die sich aus dem Aufbauwerk ergeben, nachkommt, ist in Wahrheit Zionist. (Ziko.)

Der Solelboneh

(jüdische Baugilde Palästinas)

Von David Swerdloff, Jaffa

I. Geschichte

Wenn wir von den Baugilden der jüdischen Arbeiter in Palästina sprechen, so ist schon diese Bezeichnung eigentlich eine Übertreibung. Schon an dieser Stelle zeigt sich, wie wenig die palästinensische Volkswirtschaft sich mit irgend einer hochentwickelten Volkswirtschaft Europas vergleichen läßt. Schon die einfachen, realen Bedingungen, unter denen etwa der englische Gildensozialismus entstand, und die, aus denen die Baugilden der jüdischen Arbeiter in Palästina herauswuchsen, sind ganz verschieden. Die englische Gildenbewegung entstand in einer Wirtschaft, die über flüssige Kapitalien, ausgebildete Facharbeiter verfügte, und in denen alle notwendigen technischen Hilfsmittel und Erleichterungen vorhanden waren, die für dieses Gewerbe notwendig sind. Wir besaßen bei der Gründung des Misrad l'awodot ziburiot we binjan (Amt für öffentliche und Bau-Arbeiten), wie der Solelboneh ursprünglich hieß, nichts davon.

Der Misrad wurde, wie so vieles in der Geschichte der palästinensischen Arbeiterbewegung aus der Not heraus geboren. Die dritte Alijah kam (1920), und der palästinensischen Arbeiterschaft, die ja der Hauptträger des zionistischen Kolonisationswerkes in Palästina ist, fiel die Aufgabe zu, für die Resorbierung der neuen Einwanderungswelle, für die Unterbringung der neuen Chaluzim Sorge zu tragen. Die Überführung in die Landwirtschaft war objektiv unmöglich, und wir mußten unsere Zuflucht zu Notstandsarbeiten nehmen. Die erste Periode des Misrad ist also charakterisiert durch den Kwisch (Straßenbau). Den Bau von vier Kwischim, Tiberias-Jemak, Tiberias-Tabdo, Afule-Nazareth, Haifa-Dejedah, hatten wir von der Regierung auf eigene Kosten und Gefahr übernommen, um überhaupt Arbeit für die neuen Genossen zu finden. Es fehlte uns an allem; an qualifizierten Arbeitern, an Produktionsmitteln und an Geld. Unsere Arbeiter waren zum Teil Mädels, die auf der Chaussee saßen, um Steine zu klopfen und sich aus Ungeschicklichkeit die Finger blutig schlugen. In mehr als einer Gruppe konnte man sich keine Stiefel kaufen, sondern band Säcke um die Füße. Diese Monate waren die schwerste Zeit des Misrad. Wenn wir sie überstanden haben, so nur durch den heroischen Opfermut der dritten Alijah. Und als diese Periode zu Ende ging, war der Misrad der bei weitem größte Unternehmer des Landes geworden. Er beschäftigte 2000 Arbeiter und diese, durch die härteste Schule gegangen, waren gut ausgebildete Facharbeiter geworden.

Doch noch stand uns eine zweite Prüfung bevor. Das war der Übergang zur zweiten Periode unserer Tätigkeit, dem Binjan, der Bauarbeit. Die Arbeit auf dem Bau ist schon sehr viel komplizierter und spezialisierter als der Straßenbau. Die Arbeit im Kwisch war eine Massenarbeit, die Bauarbeit erfordert die Aufteilung der Arbeiten in kleine Gruppen, die jede selbständig arbeiten. Jeder Genosse muß bestimmte fachliche Fähigkeiten besitzen, wenn Defizite vermieden werden sollen. Wieder half uns die Ausdauer und Hingabe der Chaluzim über die Schwierigkeiten hinweg, und in wenigen Monaten wurden aus 2000 Chausseearbeitern 2000 Bauarbeiter. Heute hat sich diese Zahl beträchtlich vermehrt, und wir verfügen heute über beinahe 3000 gut ausgebildete und qualifizierte Bauarbeiter.

Doch ist die Lage im Baugewerbe auch in den vergangenen Monaten noch schwer und drückend gewesen. Die übertriebene Steigerung der städtischen Kolonisation, die zunächst zu einer gewaltigen Vermehrung des Baumarktes führte und gestattete, 3000 Arbeiter zu beschäftigen, mußte bald ihren Höhepunkt überschreiten. So kam es, daß wir in der letzten Zeit unter Arbeitslosigkeit litten. Kurzarbeit war häufig die Folge, und viele unserer Chawerim haben im Sommer nur 3 Tage, in der Regenzeit nur einen Tag in der Woche gearbeitet.

Heute stehen wir vor einer dritten Periode der „Solelboneh“, wie der Misrad heute heißt, nachdem ihn die Regierung als Genossenschaft auf Aktien bestätigt hat. Eine vierte Alijah muß und wird ins Land kommen. Der Tabakbau gibt die Anregung dazu. Aber wir müssen darauf gefaßt sein, daß der jüdische Arbeiter, sei es, durch arabische Arbeit verdrängt, dauernd, sei es in bestimmten Jahreszeiten in diesem Zweige keine Arbeit findet. Und andererseits wirkt auch bei uns natürlich der Grundsatz, auf dem das ganze

Aufbauwerk der jüdischen Arbeiterschaft in Palästina beruht: der Grundsatz der Eigenproduktion. Wir haben daher die Absicht, auch in die Industrien einzudringen, die mit unserer Tätigkeit in Zusammenhang stehen, wie Steinbrüche, Ziegeleien usw. Alles das wird bisher von nichtjüdischen Arbeitern betrieben, und wenn es uns gelingt, unser Betriebskapital zu erhöhen, wird sich hier ein weites Feld für unsere Tätigkeit eröffnen. Das Eindringen in diese Zweige der Tätigkeit wird wieder eine schwere Aufgabe sein, denn wieder bedeutet es, Arbeiter bereitzustellen, die der schweren Arbeit gewachsen und fachlich ausgebildet sind, bedeutet es Produktionsmittel wie Maschinen und neue Kapitalien zu beschaffen.

Betrachten wir die ganze Geschichte des Misrad, so ist es unvorstellbar, wie der Zionismus ohne ihn hatte bestehen können. Denn er war es, der die Eingliederung der ganzen dritten Alijah ermöglicht hat. Ohne ihn wäre es zu einer ungeheuren und nicht mehr tragbaren Krisis gekommen. Er ist es auch jetzt, der die Reserve für die vierte Alijah darstellt und sie dadurch erst möglich macht. Er hat ein neues großes Gebiet für die jüdische Arbeit erschlossen, das sonst der arabischen Arbeit allein vorbehalten geblieben wäre. Die schmerzlich erkaufte Erfahrung von zwanzig Jahren Kolonisationsarbeit hat uns gelehrt, daß nur die Kolonisation der jüdischen Arbeiterschaft eine Gewähr dafür bietet, daß der nationale Charakter unserer Siedlungsarbeit erhalten bleibt. Ebenso wie auf dem Lande, so kann sich die jüdische Arbeit auch in der Fabrik in der Stadt nicht in der privaten Kolonisation halten, wenn sie auch mit noch so vielen zionistischen Sentiments und zionistischen Geldern begonnen wird. Das zeigt sich im Lande schon heute ganz klar und deutlich. So hat der Solelboneh, indem er die dauernde Möglichkeit der jüdischen Arbeit in der Stadt geschaffen hat, einen wichtigen Beitrag zur Lösung unserer nationalen Frage geleistet.

Und darüber hinaus ist die Lösung unserer sozialen Frage durch ihn weiter gefördert. Worum es geht, ist die Frage, ob die jüdische Arbeiterschaft in Palästina einen konstruktiven oder einen dogmatischen Sozialismus vertreten und betreiben soll. Wir haben in einem Kolonialland ganz andere Bedingungen und auch ganz andere Möglichkeiten als eine Arbeiterbewegung in Europa. Wir, die Mehrheit der Arbeiterschaft des Landes, wollen nicht auf ein tausendjähriges Reich warten, das einstmals irgendwann kommt. Wir wollen die Möglichkeiten des Augenblicks ausnutzen. Die Histadrut Haklalit ist für uns nicht nur eine Gewerkschaft, sie soll immer mehr ein Organ des konstruktiven sozialistischen Aufbaus werden. Der Solelboneh als ein integrierender Teil von ihr, der heute der größte Unternehmer des Landes ist, hat diesem Prinzip auch in der städtischen Kolonisation zum Durchbruch verholfen. In ihm hat sich die Arbeiterschaft auch für die städtische Kolonisation ein Organ geschaffen, durch das sie ohne Privatkapital und ohne Privatunternehmer, ohne Ausbeuter und ohne Ausgebeutete aus eigener Kraft und auf eigene Gefahr und Risiko und nach eigenem Ermessen an der Vergrößerung des zionistischen Kolonisationswerkes arbeitet und schafft.

Die Jewish Agency

(Das neue Stadium.)

Der Haolom, das offizielle Organ der zionistischen Leitung schreibt:

Die Amerikaner sind bereit, beim Aufbau der Jewish Agency mitzuwirken, aber sie betrachten es nicht als wünschenswert, daß zunächst ein Übergangsstadium eintreten soll, während dessen die Nichtzionisten lediglich an einem Council mit beratender Funktion teilnehmen. Sie wollen vielmehr die volle Verantwortung für die Funktion der Jewish Agency, das nationale Heim für das jüdische Volk in Palästina aufzubauen, teilen. Demgemäß schlagen sie vor, daß ein Council aus 150 Mitgliedern gebildet wird, der zur Hälfte aus Zionisten und zur Hälfte aus Nichtzionisten besteht. Die zionistischen Vertreter stellt der Zionistenkongreß; die nichtzionistischen Vertreter werden von den einzelnen Ländern entsandt, je nach der Zahl der jüdischen Bevölkerung und der Leistung für den Keren Hajessod. Unter diesem Gesichtspunkt glaubt man, daß auf die Amerikaner etwa 40 Prozent der gesamten Anzahl entfallen würden. Diese amerikanischen Vertreter sollen von einer panamerikanischen Konferenz der propalästinensischen Nichtzionisten gewählt werden. Die selbstverständliche Voraussetzung des amerikanischen Vorschlags bildet die Verpflichtung der in der Jewish Agency vereinigten Gruppen zur Aufbringung der für den Aufbau Palästinas erforderlichen Mittel.

Auf die Veröffentlichung des Herrn Levite antwortet Herr Grünbaum im „Najen Hajnt". Nr. 123 mit einem Artikel „Eine neue Wendung", worin er den Vorschlag der Amerikaner begrüßt und erklärt, dieser Vorschlag sei den Forderungen der zionistischen Opposition viel näher, als die verschiedenen Kompromißresolutionen des Kongresses und des Aktionskomitees. Herr Grünbaum sagt, Herr Marshall habe den Mut zu einem großen Plan gezeigt, der der Zionistischen Exekutive gefehlt hat. Wir glauben, daß Herr Grünbaum im historischen Teil seines Artikels im Irrtum ist. Denn obwohl die Opposition schon vor dem 13. Kongreß und seitdem immer wieder die Exekutive beschuldigt hat, daß sie nach einem reinen Notabelnsystem Persönlichkeiten in die Jewish Agency hineinziehen will, so war dies doch niemals die Absicht der Exekutive. Die Exekutive und vor allem Dr. Weizmann, hat vielmehr die größten Anstrengungen gemacht, um die im amerikanischen Judentum maßgebenden Kreise für die Idee des Aufbaus Palästinas zu gewinnen, weil diese Kreise gewissermaßen den Schlüssel zum amerikanischen Judentum bilden. Es war stets beabsichtigt, im geeigneten Moment eine Konferenz einzuberufen, die so repräsentativ als möglich sein soll. Wir haben schon in unserer letzten Nummer darauf hingewiesen, daß leider unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Einberufung eines Weltkongresses, den wir alle herbeiwünschen und den als erster Dr. Weizmann schon in seiner Eröffnungsrede zum 12. Kongreß gefordert hat, nur die eine Folge gehabt hätte, daß nicht jener Grad von Repräsentation erreicht worden wäre, der wirklich eine Garantie für die Teilnahme des jüdischen Volkes in all seinen Schichten gewesen wäre. Daher ist es notwendig, sich den eigentümlichen Erfordernissen jedes Landes anzupassen, und daher war es notwendig, in Amerika diesen Umweg zu gehen.

Die Verhältnisse in Amerika sind aber schneller zur Reife gekommen, als die meisten von uns gedacht haben. Zwei Kräfte haben, um einen Ausspruch von Sokolow zu wiederholen, diese Entwicklung beschleunigt: Erez Israel und Chaim Weizmann. Die erste Kraft, Erez Israel, hat sich an den zahlreichen Besuchern bewährt, die von Amerika aus in Palästina waren. Ein charakteristisches Beispiel liefern die Äußerungen von Felix Warburg, dem Präsidenten des Joint, der noch vor einiger Zeit nichts vom Zionismus wissen

wollte, und jetzt in Palästina an die Verwirklichung der nationalen Heimstätte glauben gelernt hat. Die zweite Kraft war Weizmann, der in unermüdlicher Arbeit und in einer großangelegten Propaganda von bisher im Zionismus nie dagewesenen Dimensionen das amerikanische Judentum für unsere Sache zu gewinnen versucht hat. Das Resultat sehen wir jetzt, und niemand von uns kann wissen, wie diese Entwicklung weitergehen wird und in welcher Weise sie für Palästina fruchtbar werden wird. Nur das eine wissen wir: Wenn es gelingt, alle diese jüdischen Kräfte auf den Aufbau unserer Heimstätte zu konzentrieren, dann wird die nationale Heimstätte vielleicht schon in unserer Generation nicht nur auf dem Papier, sondern in der Wirklichkeit eine vollendete Tatsache sein. Es ist kein Zweifel, daß eine solche Entwicklung die gewaltigsten revolutionären Wirkungen auf das gesamte Judentum der Diaspora ausüben würde und daß die Wechselwirkung zwischen Palästina und Galuth, die wir bereits jetzt in ihren Anfängen beobachten können, uns zu einer Periode nationaler Stärke und schöpferischen nationalen Aufschwungs führen wird.

Die entscheidende treibende Kraft in dieser Entwicklung ist aber die Zionistische Organisation. Wenn wir den Vorschlag der Amerikaner betrachten, so muß es uns klar sein, daß die 60 Prozent, die die Zionistische Organisation zu stellen hat, der führende und ausschlaggebende Faktor in der Jewish Agency sein werden. Dazu ist notwendig, daß die Zionistische Organisation innerlich konsolidiert wird und daß die nutzlosen Parteikämpfe, die unsere kostbarste Energie verschwenden, aufhören. In dieser Beziehung betrachten wir den Artikel Grünbaums als ein günstiges und erfreuliches Symptom. Er zeigt vielfach Verständnis für die Realitäten und er beweist, daß es bei einigem guten Willen zu einer vollen Verständigung innerhalb des zionistischen Lagers, zumindest über die Hauptpunkte unserer künftigen Politik kommen kann. Nur eine Voraussetzung ist dazu erforderlich: Es muß das Vertrauen innerhalb der zionistischen Reihen wieder hergestellt werden. Auch Herr Grünbaum muß glauben, daß niemand die zionistische Sache an Notabeln verraten wollte oder will, und daß die Tätigkeit der zionistischen Führer zur Gewinnung der Mitarbeit der nichtzionistischen Kreise lediglich von dem Wunsche bestimmt war, die nationale Heimstätte realisiert zu sehen und damit der ganzen zionistischen Sache die größte Stärkung zuteil werden zu lassen, die überhaupt denkbar ist. Wir dürfen jedoch nicht glauben, daß nunmehr alle Schwierigkeiten schon überwunden sind. Im Gegenteil. Ob das Aktionskomitee oder später der Kongreß die amerikanischen Vorschläge annehmen wird oder nicht, jedenfalls wird die Bildung der Jewish Agency und die Durchführung aller anderen Aktionen, die die Voraussetzung für den Aufbau Palästinas bilden, noch viele und große Schwierigkeiten machen, und an uns Zionisten noch die stärksten Anforderungen stellen. Es wäre vielleicht ein großes Glück, wenn wir diesen kommenden Schwierigkeiten eine geeinte Front und geeinte Kraft gegenüberstellen könnten, in dem Bewußtsein, daß die zionistische Idee schließlich doch siegreich bleiben muß." (Ziko.)

Die Rutenberg-Konzession

Beratung im englischen Oberhaus.

Am 28. Mai gab der Unterstaatssekretär der Kolonien, Lord Arnold, im House of Lords einen Bericht über die Rutenberg-Konzession in Palästina, und zwar als Antwort auf eine Anfrage Lord Raglans, ob Rutenberg die Bedingungen erfüllt hätte, unter welchen man ihm die Konzession übertragen hat, und welche Arbeiten bisher wirklich ausgeführt oder genehmigt worden seien, und ob irgendwelche Zwangsmaßnahmen hatten getroffen werden müssen, um den Erwerb von Land oder die Errichtung von Anlagen zu ermöglichen.

Lord Arnold erklärte, daß eine Konzession für Versorgung des Jaffa-Distrikts mit elektrischem Strom bereits in Kraft sei und zwar durch die Jaffa Electric Company. Vor kurzem noch hätte der High Commissioner mitgeteilt, daß diese Gesellschaft zur Zufriedenheit der Konsumenten arbeite, und daß sie die in der Konzession enthaltenen Fristen und Bedingungen in korrekter Weise erfülle. Zurzeit werden Jaffa und Tel Awiw mit elektrischem Strom für Privat- und Straßenbeleuchtung, Wasserversorgung und industrielle Zwecke bedient. Petach Tikwah wird ebenfalls versorgt werden, und zwar durch die vorhandene Kraftstation in Tel Awiw oder durch die hydroelektrische Station am Audja-Fluß. Die erwähnte Kraftstation besteht aus zwei 1000 PS-Dieselmotoren. Von Jaffa und Tel Awiw sind fünf Kilometer Hochspannungsuntergrundkabel gelegt worden, die den Strom zu fünf Unterstationen mit Transformatoranlagen leiten. Eine Hochstromleitung von 18 Kilometer wurde von der Jaffaer Kraftstation nach Sarafend gelegt und bedient eine Reihe von Orten im südlichen Teil des Jaffa-Distrikts. In kurzem soll noch ein dritter Dieselmotor fertiggestellt werden. Zu seiner Freude, erklärt Lord Arnold, hätte er erfahren, daß seit Oktober 1923 die arabische Stadtgemeinde von Jaffa sowie einzelne arabische Verbraucher elektrischen Strom von der Jaffaer Station beziehen. In Tel Awiw gäbe es 184 Straßenlampen und in Jaffa 126. Die Zahl der Privatkonsumenten in Tel Awiw betrüge 800 und in Jaffa 260.

Was die größere Jordan-Konzession betrifft, so lägen hier die Dinge etwas anders. Laut dem Abkommen mit Herrn Rutenberg vom 21. September 1921 sollte einer Gesellschaft mit einem autorisierten Kapital von nicht weniger als 1 000 000 Pfund, wovon mindestens 200 000 Pfund in bar eingezahlt sein müßten, eine Konzession gewährt werden, und zwar sollte die betreffende Gesellschaft innerhalb zweier Jahre, vom Datum des Abkommens an gerechnet, um diese Konzession einkommen. In der angegebenen Zeit wurde wirklich um die Konzession angefordert, und er sei zufrieden, daß tatsächlich eine solche Gesellschaft mit dem geforderten autorisierten und eingezahlten Kapital gebildet worden sei. Noch sei die Konzession bisher nicht übergeben worden; dies wird aber, wie er unterrichtet sei, bald geschehen. Unter diesen Umständen hätten die Palestine Electric Corporation, der die Konzession gewährt werden soll, ja noch nicht die Verpflichtung, ihre vertraglichen Aufgaben zu erfüllen. Tatsache indes sei, daß inzwischen bedeutende Fortschritte zu verzeichnen seien, mit denen der High Commissioner, wie er mitteilt, sehr zufrieden ist. Die technischen Untersuchungen über die am Jordan zu errichtenden Werke seien nunmehr beendet und die erforderlichen Pläne dem Colonial Office vorgelegt und nach Begutachtung durch dessen konsultierte Ingenieure genehmigt worden. Es gäbe somit in Palästina zwei Konzessionen und nicht eine, die den bisher größten Versuch darstellten. die natürlichen Quellen des Landes zu erschließen und zu entwickeln.

Verhandlungen wegen Erwerbs des für die Kraftstation und andere nötige Anlagen erforderlichen Grundstücks seien im Gange und Angebote für die nötigen Maschinen und Materialien einge-

holt worden. Die Arbeiten würden sogleich nach Erwerb des nötigen Grundstücks beginnen, und es stehe zu hoffen, daß dies noch wirklich im Lauf dieses Jahres geschehen wird. Inzwischen sei schon ein gut Stück Arbeit mittels Hilfskraftstationen in Haifa und Tiberias geleistet worden. In Haifa sei für die Kraftstation und die künftige Transmissionsstation Boden erworben worden. Die Pläne für das Krafthaus seien schon vorbereitet, ebenso der Entwurf für das Verteilungsnetz. Eisenkonstruktionen des Krafthauses sowie auch Maschinenbestellungen seien in England plaziert worden. Man erwartet, daß das Haifaer Krafthaus Anfang nächsten Jahres mit der Stromlieferung beginnen wird. Auch für die Kraftstation in Tiberias sei das Grundstück schon erworben. Die erforderlichen Maschinen und Materialien seien bereits in Palästina, und man sei mit der Stadtgemeinde über die Stromversorgung, die etwa gegen Ende dieses Jahres einsetzen soll, zu einem Übereinkommen gelangt. Was die Jerusalemer Anlage betrifft, so lägen Pläne schon seit dem Jahre 1921 vor; ihre Ausführung sei aber verzögert worden infolge Einspruchs einer anderen Gesellschaft, die sich auf eine Vorkriegskonzession beruft. Die Palestine Electric Company sei also keineswegs für irgendwelche Verzögerungen verantwortlich. Wie ihm mitgeteilt worden sei, werden die Kosten für den ersten Teil der erwähnten Werke auf 750 000 Pfund geschätzt, von denen ungefähr 300 000 Pfund die Kosten der nach Palästina zu importierenden Maschinen und Materialien darstellen. Es stehe zu hoffen, daß weitaus der größte Teil dieser Bestellungen in England plaziert werden würde. Soweit er wüßte, seien nirgends irgendwelche Zwangsmaßnahmen, weder bei der Erwerbung der Grundstücke noch bei der Errichtung von Anlagen ergriffen worden.

Auf eine weitere Frage Lord Raglans erwiderte Lord Arnold, daß er von keinen irgendwelchen Differenzen zwischen der Stadtgemeinde von Jaffa und der Elektrizitätsgesellschaft Kenntnis hätte.

Die Finanzierung des Rutenberg-Werkes.

Wie der „Jewish Chronicle" mitteilt, sind die vier Gruppen, die sich an der Finanzierung des Rutenberg-Werkes beteiligen: Baron Edmond de Rothschild (durch die Pica), der Jewish Colonial Trust in London, der Londoner Economic Board for Palestine und die amerikanische Gruppe, die sich zusammensetzt aus dem Reconstruction Committee des Joint Distribution Committee und den Aktieninhabern des Palestine Development Council. Ein gewisser Teil der benötigten Kapitalien wird ferner durch die Obligationen, die bei einem offiziellen britischen Agenten hinterlegt werden, gedeckt.

Die amerikanische Beteiligung beträgt rund über eine halbe Million Dollar, wovon das Reconstruction Committee des Joint 200 000 Dollar übernimmt. Der Palestine Development Council hat seinen Zeichnern Trust-Zertifikate verkauft, damit er seinen Verpflichtungen nachkommen kann. Als erste auf dieser Zeichnerliste stehen die Herren Justice Louis D. Brandeis, Solomon Rosenbloom, Pittsburgh und Louis Horowitz, New York, die je 25 000 Dollar zeichneten. Die nächstgrößte Zeichnung von 10 000 Dollar stammt von Herrn Julius Simon, New York. Danach kommt der Aaron und Bertha Friedenwald Memorial Fonds mit über 8000 Dollar. (Ziko.)

Palästina-Nachrichten

Der Besuch des englischen und italienischen Königspaares im Palästina-Pavillon der Britischen Reichsausstellung

Das englische Königspaar hat, in Begleitung des italienischen Königspaares sowie des Kronprinzen Umberto und der Prinzessin Mafalda bei ihrem Besuch der Britischen Reichsausstellung am 28. Mai auch dem Palästina-Pavillon einen Besuch abgestattet, wo ihnen der Herzog von Devonshire neben Sir Alfred Mond noch die Herren Major R. R. Little (Leiter des Pavillons), Walter S. Cohen, A. Sefi, Dighy Solomon und Joseph Cowen vorstellte. Auch Lieut. Colonel H. J. Solomon, der seiner Krankheit wegen in einem Rollstuhl gefahren wurde, ist Seiner Majestät vorgestellt worden, die mit ihm einige Minuten plauderte. Anwesend waren ferner Captain Charley, Herr und Frau A. Sefi, Frau R. T. Little, Herr Leonhard Stein, Frau H. J. Solomon, Herr und Frau J. J. Scott, Herr und Frau H. E. Montague Bell, Frau Weizmann, Herr J. C. Stein, Major und Frau Pearson und Herr und Frau C. Cornwall Brooks. Dr. Weizmann konnte nicht erscheinen, da er nach seiner Amerikareise ruhebedürftig ist.

Nach ihrer Eintragung ins Besucherbuch wurden die Majestäten durch den Pavillon geführt, wobei sie für die Stände der palästinensischen Regierung und der Zionistischen Organisation großes Interesse zeigten. Sie gaben ihrer Bewunderung für einige Proben palästinensischer Kunst und Kunstgewerbe Ausdruck. Die Königin nahm zwei Spitzentücher palästinensischer Arbeit als Geschenk der jüdischen Frauenliga für kulturelle Arbeit in Palästina in Empfang. Sie besichtigte auch die Ausstellung der Genossenschaft der

Orangenzüchter in Jaffa „Pardess“ und lobte die ausgezeichnete Jaffafrucht. Danach besichtigte die königliche Gesellschaft den Anbau, in dem die Pro-Jerusalem-Gesellschaft ein Modell des Jerusalemer Tempels ausgestellt hat, und nahm eine kurze Erklärung der Ausstellungsleitung entgegen. Dem Könige wurden Photographien dieses Modells und der Königin Mary ein Bukett überreicht. Der König von Italien zeigte sich sehr interessiert für die jemenitischen Handwerker, die Major Little ihm vorführte.

Die königliche Gesellschaft nahm im Britischen Regierungspavillon ihren Lunch. Das Dessert wurde von der „Pardess“-Gesellschaft geliefert und bestand aus Jaffa-Orangen in einem Silberkorb, den ein palästinensischer Page überbrachte.

Verfolgte russische Zionisten nach Palästina

Jerusalem. (J.T.A.) Die palästinensische zionistische Exekutive hat für die kürzlich wegen ihrer zionistischen Tätigkeit von den Sowjet-Behörden in die Strafkolonien nach Sibirien verbannten 38 Zionisten Visa für Palästina angeboten. Die Sowjet-Behörden haben jetzt die Erlaubnis gegeben, daß die Verbannten nach Palästina gehen und diesen Beschluß sofort nach Palästina mitgeteilt. Daraufhin hat die zionistische Exekutive Schritte unternommen, um die nötigen Visa nach Moskau zu senden.

Zur palästinensischen Staatsbürgerschaft berechtigte Personen

Jerusalem (J.T.A.). In einem Brief an den Waad Hair (Stadtrat der Jerusalemer Juden) teilt der Gouverneur des Jerusalemer Distrikts mit, daß vorläufige Zertifikate über die palästinensische Staatsbürgerschaft nur solchen Personen gegeben werden können, die 1. in Palästina geboren oder Kinder eines in Palästina geborenen Vaters sind, 2. für die palästinensische Staatsbürgerschaft nach Einführung des Nationalitätengesetzes optieren wollen, und 3. ihren dauernden Wohnsitz in Palästina nehmen wollen. Russische Untertanen, die während des Krieges gezwungen waren, für die türkische Staatszugehörigkeit zu optieren, können vorläufig Zertifikate für die palästinensische Staatsbürgerschaft unter den Bedingungen 2. und 3. erhalten.

Schon wieder Agudah-Quertreibereien

Wie die Palästinensische Telegrafen-Agentur erfährt, hat die palästinensische Agudas Jisroel, deren Vorsitzender Rabbiner Sonnenfeld ist, dem Kolonialamt in London ein Telegramm gesandt, des Inhaltes, daß die Agudah gegen die neue Verordnung betreffend die Rechtsprechung der zivilen und religiösen Gerichtshöfe in Palästina, durch die die Rechtsprechung der jüdischen Wakufs dem palästinensischen Oberrabbinat übertragen wird, protestiert. In dieser Mitteilung werden Sir Herbert Samuel, sowie der palästinensische Kronanwalt Mr. Norman Bentwich scharf angegriffen; man macht sie dafür verantwortlich, daß sie die orthodoxen Juden der Rechtsprechung des zionistischen Oberrabbiners unterstellt hätten. Das Kolonialamt wird ersucht, zu erlauben, daß die orthodoxen Juden Palästinas der Rechtsprechung der mohammedanischen religiösen Gerichtshöfe unterstellt würden, was ihnen jedenfalls lieber sei, als der des zionistischen Oberrabbinats unterstellt zu sein (!).

Palästina auf dem Gewerkschaftskongreß

Am zweiten Sitzungstage des gegenwärtig in Wien tagenden **internationalen Gewerkschaftskongresses** erstattete der jüdische Delegierte aus Palästina Dov Hos seinen Bericht über die Lage in Palästina und führte aus: Die Gewerkschaften in Palästina zählen gegenwärtig zwar nur 20 000 Mitglieder, jedoch sind sie in einem rapiden Wachstum begriffen, da jetzt ein starker jüdischer Einwanderungsstrom eingesetzt hat. Den jüdischen Gewerkschaften gehören auch arabische Mitglieder an, insbesondere Transportarbeiter und Eisenbahnangestellte. Herr Dov Hos sagte weiter: Wir benötigen dringend die Hilfe des Gewerkschafts-Kongresses, da in Palästina kein Arbeiterschutz existiert. Wir hoffen, daß die englische Arbeiterregierung jetzt dafür Sorge tragen wird, daß auch in Palästina ein Minimum des Arbeiterschutzes gesetzlich festgelegt wird. Die jüdische Gewerkschaftsbewegung in Palästina ist eine Brücke zu der Gewerkschaftsbewegung ganz Asiens. Die asiatischen Gewerkschaften werden sich mit der Zeit vereinigen, schon heute bestehen zwischen den einzelnen derselben Berührungspunkte.

In der gleichen Sitzung hielt auch der zweite palästinensische Delegierte Swerdlow ein Referat in hebräischer Sprache, welches durch Herrn Dov Hos ins Englische übertragen worden ist. Obwohl die wenigsten Delegierten Hebräisch verstanden, hörten alle mit Interesse der ersten hebräischen Rede, die auf einem internationalen Gewerkschafts-Kongreß gehalten worden ist, zu.

Am 3. Juni abends hatten die palästinensischen Delegierten eine Zusammenkunft mit den Delegierten der englischen Trade Union.

Aus der jüdischen Welt

Deutschland

Sitzung des Zentralkomitees der Z.V.f.D. am 29. Juni.

Berlin (J.T.A.). Nachdem die A.-C.-Sitzung auf den 17. Juni anberaumt ist, hat der Landesvorstand beschlossen, die ursprünglich für den 15. Juni vorgesehene Zentralkomitee-Sitzung zum 29. Juni einzuberufen. Der Delegiertentag der Z.V.f.D. wird, da die Jahreskonferenz abgesagt ist, aller Voraussicht nach nunmehr anfangs November stattfinden.

Das deutsche Judentum nach den Reichstagswahlen Sieben Millionen antisemitische Wähler

Hamburg-Berlin (J.T.A.). Im Hamburger „Israelitischen Familienblatt“ vom 5. Juni veröffentlicht Oberregierungsrat Hans Goslar, Berlin, Betrachtungen über den Ausgang der Reichstagswahlen. Er warnt vor Optimismus und führt aus: „Weil die Deutschvölkischen aller Schattierungen einschließlich der Kunze-Leute „nur“ mit 36 Mandaten in das Parlament eingezogen sind, glaubt man, daß der antisemitische Ansturm abgeschlagen und die größte Gefahr vorüber sei. Diese Anschauung ist jedoch falsch. Nicht nur die 36 Mandate und rund 2 Millionen Stimmen der Deutschvölkischen und Nationalsozialisten dürfen als das antisemitische Votum angesehen werden; vielmehr muß auch der allergrößte Teil, sagen wir 80 Prozent der für die deutschnationale Volkspartei abgegebenen Stimmen, hinzugerechnet werden, um Klarheit darüber zu schaffen, wie groß die Volkskreise sind, die zugleich mit der Erfüllung ihrer Wahlpflicht und der Stimmabgabe

für eine deutsch-politische Partei auch wünschten, ihre Stellungnahme gegenüber den deutschen Juden in ausgesprochen antijüdischer Form zu bekunden". Im ganzen schätzt Goslar die rein antisemitische Stimmabgabe nicht auf zwei Millionen Wähler, sondern mindestens auf sieben Millionen....... „Im Parlament 36 Abgeordnete, die in allererster Linie von einer radikalen Lösung der Judenfrage, — d. h. Stellung der Juden unter Fremdenrecht, Rückgängigmachung der Emanzipation, Ausweisung aller seit 1914 eingewanderten ausländischen Juden usw. — das Heil Deutschlands erwarten, und neben diesen 36 Unentwegten ein rundes Hundert Deutschnationaler, deren rechter Flügel von dem pommerischen Junker Schlange-Schöningen geführt wird, der sich in seiner Stellung zu den deutschen Juden um nichts von Hitler unterscheidet, und der viele, gar zu viele Gesinnungsgenossen in den deutschnationalen Reihen zählt. All das spiegelt nur die Wandlung wieder, die im deutschen Volke vor sich gegangen ist, denn seit den Judenpogromen des Jahres 1815 und der Hamburger „Judenschlacht" in den 30er Jahren hat die judenfeindliche Bewegung in Deutschland nicht einen derartigen Umfang angenommen, wie gerade in diesen Tagen."

Der Artikel schließt: .....„Suchen wir neue Bereicherung und seelische Harmonie durch Rückkehr zu den Quellen unserer jüdischen Kraft, zum jüdischen Wissen, das allein erst ein jüdisches Leben ermöglicht, fühlen wir uns ganz wieder als Söhne des Amechod...... Dann und nur dann werden wir auch — in geschlossener Einheitsfront — wirklich die wirksamen und vollwertigen Abwehrkräfte entwickeln können, die das deutsche Judentum vielleicht schon bald dringend brauchen wird?

Literarisches Echo

„Der Jude". Eine Monatsschrift. Herausgegeben von Dr. Martin Buber im Jüdischen Verlag, Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 35. Inhalt des 4. Heftes: Leonhard Stein: Zur Frage der Selbstregierung Palästinas; Arnold Kutzinski: Siegmund Freud, ein jüdischer Forscher; Franz Rosenzweig: Vom Übersetzen; S. J. Agnon: Zwei Erzählungen (Aus dem Hebräischen übertragen von Gerhard Scholem); Martin Buber: Zweierlei Liebe; Bemerkungen: Hans Kohn: Die Pforte des Ostens; Rudolf Seiden: Joseph Trumpeldor in arabischer Darstellung; Umschau: Josef Meisl: Ein Judenstaatsantrag an den Berliner Kongreß (1878); Nathan Porges: Jüdisch-deutsche Bibelübersetzungen; Die Verbannten (Aus einer Rede des englischen Ministerpräsidenten Macdonald). Abonnementspreis pro Quartal für Deutschland 3.20 M.

Moissi über „Habimah". Alexander Moissi hat während seines Moskauer Gastspiels einige Vorstellungen des dortigen hebräischen Theaters „Habimah" besucht. Wie seinerzeit auch Maxim Gorki, der über die Leistungen dieser Bühne einen begeisterten Aufsatz schrieb, hat auch auf Alexander Moissi die „Habimah" einen starken Eindruck gemacht. Er äußerte sich dahin, daß die ganze moderne Kunstwelt auf die Entstehung und Entwicklung der „Habimah" stolz sein könne.

Personalia

Berlin. Durch den plötzlichen Tod eines der befähigtesten jüngeren Dozenten, **A. El. Kaplan**, hat das Berliner Rabbinerseminar einen großen Verlust erlitten. Der Verlebte erreichte nur ein Alter von 34 Jahren und galt trotz seiner Jugend zu den ersten Talmudgelehrten Deutschlands. In einer Zeit wie der unserigen, wo es an halachischen Autoritäten so sehr mangelt, ist der Verlust ein doppelt schwerer. In dem Nachruf eines Freundes wird von dem Dahingeschiedenen gesagt, daß er ein Geist war, der den Versuch unternehmen konnte, die Forscherarbeit von tausend Jahren in einem neuen Talmudkommentar umzuschmelzen und der berufen war, ein Meister und Wegweiser im Talmud zu werden. Von der littauischen Jeschiwah aus wurde er an das Berliner Rabbinerseminar berufen und hier kam sein Wissen und Können erst recht zur Geltung, dies umsomehr, als er auch einzigartiges, pädagogisches Geschick entwickelte.

Den Lesern des „Jeschurun" waren seine hebräischen Abhandlungen stets ein Genuß.

Gemeinden- u. Vereins-Echo

Zionistische Ortsgruppe München. Montag, den 16. Juni, abends 8.15 Uhr: Vorstandssitzung im Klubzimmer, Ottostraße 2.

Berlin

Hilfsverein der deutschen Juden. Auf der Jahresversammlung des Hilfsvereins der deutschen Juden erstattete Dr. James Simon Bericht über die Fürsorgetätigkeit zugunsten jüdischer Auswanderer im vergangenen Jahre. Aus dem Bericht geht hervor, daß im Berichtsjahre etwa 30 000 jüdische Auswanderer aus dem Osten den Schlesischen Bahnhof zu Berlin passierten. Die Station Stentsch an der deutsch-polnischen Grenze passierten 26 000 Durchwanderer. Im Jahre 1923 haben 10 000 jüdische Auswanderer über Deutschland die Ausreise nach Amerika angetreten. Der Bericht stellt fest, daß nunmehr nach Annahme der Emigrationsbill nur sehr wenige Emigranten aus den östlichen jüdischen Emigrationszentren nach Amerika werden reisen können. Der Bericht erwähnt auch die Lage in Palästina, die sich im vergangenen Jahre gebessert hat, indem eine Arbeitslosigkeit fast nicht mehr vorhanden ist. Herr Dr. Paul Nathan referierte über Zukunftsaufgaben des Hilfsvereins. Angesichts der Immigrationssperre sind mindestens $2^1/_2$—3 Millionen Juden an den Westgrenzen von Rußland an ihre Wohnstätten gebannt. Für den Fall einer Katastrophe würde sich ein Strom in die Nachbarländer, natürlich auch nach Deutschland, ergießen wollen. Um einer solchen Gefahr zu begegnen, müsse man eine Binnenwanderung in Rußland selbst organisieren, um die jüdischen Massen über das ganze riesige russische Reich zweckmäßig zu verteilen. Palästina käme nur in bescheidenem Maße als Einwanderungsland in Betracht. Die russischen Gebiete böten aber weiteste Aufnahmefähigkeit, wobei nicht allein die europäischen, sondern auch die asiatischen Teile in Betracht kämen. Es sei darum ratsam, entsprechende Gebiete in Rußland zu eruieren, wo Juden mit Erfolg angesiedelt werden können. Die rus-

sische Regierung hat das prinzipielle Einverständnis zu der Entsendung einer kleinen Studienkommission erklärt. Auf Grund solcher Erhebungen soll man dann an die Sowjetregierung und an das gesamte Judentum mit konkreten Vorschlägen herantreten. Es erscheint möglich, daß sich zunächst im kleinen Rahmen verschiedene Kolonien über ganz Rußland bilden. Wenn diese prosperieren, würden sie eine Anziehungskraft auf weitere jüdische Elemente ausüben, die ebenfalls nach dem Innern Rußlands ziehen werden. Zur Bewältigung des ganzen Problems würde die Schaffung einer internationalen Organisation ins Auge zu fassen sein.

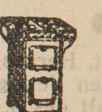
„Von der **Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden** wird uns mitgeteilt:

Der § 61 des Finanzausgleichsgesetzes, nach welchem die Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege seit September v. J. regelmäßige Zuschüsse zu den Gehältern ihrer Angestellten erhalten haben, ist bekanntlich am 1. April abgebaut worden. Um den Anstalten die Übergangszeit etwas zu erleichtern, ist ein Teil des Betrages, welcher der Zentralwohlfahrtsstelle vom Reich für die jüdischen Einrichtungen überwiesen wurde, zu Krediten bereit gestellt worden. Der Kredit kann durch Vermittlung der Zentralwohlfahrtsstelle bei der Hilfskasse gemeinnütziger Wohlfahrtseinrichtungen Deutschlands, G. m. b. H., zu sehr günstigen Bedingungen in Anspruch genommen werden.

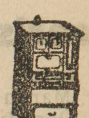
Am 1. April ist die Verordnung über die Arbeitszeit in Krankenpflegeanstalten vom 13. Februar 1924 in Kraft getreten, nach welcher für das Pflegepersonal eine Beschäftigung bis zu 60 Stunden in der Woche gestattet ist. Diese Bestimmung findet für Personen, deren Beschäftigung durch Beweggründe karitativer oder religiöser Art bestimmt ist, keine Anwendung und zwar, weil diese Personen nicht als Arbeitnehmer nach § 10 des Betriebsrätegesetzes gelten. Die Zentralwohlfahrtsstelle hat den Nachweis erbracht, daß die jüdischen Krankenschwestern aus denselben Motiven, wie die Mitglieder der katholischen Kongregationen und der evangelischen Diakonissenhäuser ihren Beruf ausüben (d. h. nicht in erster Linie aus Erwerbsinteresse) und dadurch die Gleichstellung hinsichtlich der Anwendung der Verordnung über die Arbeitszeit erreicht.

Neuerdings hat das Reichsarbeitsministerium einen größeren Betrag zur Durchführung von Heilstätten-Kuren für tuberkulöse Schwestern zur Verfügung gestellt, damit die Schwestern, die infolge der Überanstrengungen der Kriegs- und Nachkriegszeit erkrankt sind, wieder ihre volle Arbeitsfähigkeit erlangen können.

Ferner hat das Reichsarbeitsministerium der Zentralwohlfahrtsstelle Mittel zu einer neuen Bearbeitung des zuletzt 1913 von dem Deutsch-Israelitischen Gemeindebund herausgegebenen Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege zur Verfügung gestellt."







Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Rudolf Liebstädter, Nürnberg, Fürtherstraße 87, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog Maxstraße, München.